

2. Supranationalität: Die Europäische Union

2.1. Europa als Friedensprojekt und die Etappen der europäischen Integration

- 1950: Schuman-Erklärung
- 1951: Montanunion
- 1957: Römische Verträge
- 1992: Vertrag von Maastricht
- 1996/1999: Vertrag von Amsterdam
- 2000: Vertrag von Nizza
- 2007 (2009): Vertrag von Lissabon

2.2. Europa unvollendet: Staatenbund oder Bundesstaat?

- Organe der europäischen Union (*siehe Materialblatt*)
- Demokratie- und Öffentlichkeitsdefizit der EU?

2.3. Ethische Fragen: die EU auf dem Prüfstand der Zeit

- Weiterführung: Staatenbund oder Bundesstaat?
- Nation, Nationalismus und Integration
- Gleichgewicht von Wirtschaft und Politik
- Übernationalität
- Christliche Präsenz in der EU

2.1. Etappen der Geschichte

Die Nationalismen seit dem 19. Jhdt., der erste Weltkrieg und die folgenden totalitären Regime, insbesondere der Nationalsozialismus, und der 2. WK hatten Tod und schreckliches Leid über Millionen von Menschen in Europa gebracht. Weite Teile des Kontinents lagen 1945 in Trümmern. „Uns Heutigen fällt es schwer, uns das Ausmaß des Leidens, der Zerstörung und der Hoffnungslosigkeit in jenem Augenblick vorzustellen (W. Laqueur, Europa 10).

Es war damals ungewiss, ob sich Europa von den Zerstörungen erholen würde (die Ernährung war nicht gesichert).

➤ Weitsichtige und kühne politische Entscheidung, eine Wiederholung der Entwicklung, wie nach dem 1. WK zu vermeiden (harte Behandlung der Besiegten, Reparationen etc.) – christliche Politiker, Jean Monnet, Schuman-Erklärung 1950.

➤ Spannungen zw. UdSSr und USA, der beginnende Kalte Krieg trug wesentlich dazu bei: man wollte eine Ausweitung der kommunistischen Einflussphäre verhindern: Bedrohung durch den Kommunismus – Marshallplan, OECD, Nato: J. Monnet: „Die Krisen sind die großen Einiger“ (nach Laqueur 12).

➤ Gründungsintention – Aussöhnung der Völker Europas – **Friedensprojekt** – nach Totalitarismus und Krieg – Zukunft in Frieden: Nie wieder Krieg in Europa

- Eindämmung der nationalistischen Leidenschaften, die den Kontinent verwüstet hatten – Bereitschaft, Deutschland in die Nachkriegsordnung einzubinden und auf diese Weise ein demokratisches Europa zu schaffen (W. Laqueur 12)
- Europäische Vereinigung gegen totalitäre Staaten (Stalin, Salazer, Franco, griechische Militärs) → Angst vor Kommunismus und Faschismus: Europa als Raum der Freiheit und der Demokratie

Mittel:

- Wirtschaftliche Verflechtungen sollten Kriege unmöglich machen,
- Unterstützung demokratischer und rechtsstaatlicher Strukturen
- Förderung des kultureller Austausch soll ein neues Miteinander ermöglichen: **Historisch einmalig**: Politischer Zusammenschluss nicht durch Eroberung, sondern durch freiwillig eingegangene wirtschaftliche und politische Verträge zwischen bestehenden Staaten

Etappen:

- Vorgeschichte: Eine Europäische Union bereits im 19. Jhdt. diskutiert und zwar von Österreich ausgehend; Erweiterung des Deutschen Bundes als Kristallisationspunkt für eine größere europ. Wirtschaftszone; Einbeziehung Deutschlands in den mitteleurop. Raum und zugleich eine klare Absage an das Nationalitätsprinzip und den Nationalstaat: Idee eines Miteinander der Völker in einer übernationalen, universalen, föderalistischen Organisationsstruktur (vgl. O. Kimmenich, Der Weg zur Europäischen Union: Festschrift für E. Niermann, S. 116ff);

- Geschichte der wirtschaftlichen und politischen europ. Integration nach 1945
„Nichts ist möglich ohne Menschen, nichts ist von Dauer ohne Institutionen“ (J. Monnet, nach Laqueur 13).

- 1950 Schuman-Erklärung:

„Der **Friede** in der Welt kann nicht gewahrt werden ohne schöpferische Anstrengungen, die der Größe der Bedrohung entsprechen. Europa läßt sich nicht mit einem Schlage herstellen und auch nicht durch eine einfache Zusammenfassung: Es wird durch konkrete Tatsachen entstehen, die zunächst eine **Solidarität der Tat** schaffen. Die Vereinigung der europäischen Nationen erfordert, daß der Jahrhunderte alte Gegensatz zwischen Frankreich und Deutschland ausgelöscht wird.“

Gleiches gilt auch für andere Nationen, zwischen denen es in der europäischen Geschichte immer wieder Kriege gab. Die Ziele der europäischen Einigung waren und sind demnach von Anfang an: **Versöhnung und Solidarität**. So schrieb J. Monnet, einer der Gründerväter Europas (und der einzige säkulare Humanist), in seinen Memoiren: „Der Beginn Europas war eine politische, mehr aber noch eine moralische Vision“ (Monnet 1988, 497).

1951: Vertrag über die Europ. Gemeinschaft für Kohle und Stahl (Montanunion) zwischen 6 Staaten (Benelux, BRD, F, I) auf der Grundlage des Europa-Plans des frz. Außenministers Robert Schuman;

Anfang und Kristallisationspunkt der europ. Integration:

1. Schritt: Überwindung der dt. frz. Erbfeindschaft

„Durch die Errichtung einer wirtschaftl. Gemeinschaft (soll) der erste Grundstein für eine weitere und vertiefte Gemeinschaft unter Völkern gelegt werden, die lange Zeit durch blutige Auseinandersetzungen entzweit waren.“ (Präambel des Vertrags).

1957: Röm. Verträge: Gründung der Europ. Wirtschaftsgemeinschaft (EWG) und der Europ. Atomgemeinschaft (Euratom) , stufenweiser Abbau der Zölle zwischen den sechs Mitgliedern, sowie der Handelshemmnisse, gemeinsamer Außenzoll der 6 Mitgl. Staaten; Übertragung v. Hoheitsrechten auf die Gemeinschaftsorgane – Entstehung des Europ. Gemeinschaftsrechts als eines eigenen Rechtstypus (nicht nationales, nicht VR)

1960-1985: Phase der politischen Stagnation und administrativen Weiterentwicklung

Wiedererstarben der Nationalstaaten: mangelnder polit. Wille (De Gaulle); wirkt sich hemmend auf die Weiterentwicklung aus. Periode des Stillstands erst nach Rücktritt De Gaulles überwunden (1969).

1970: Beitritt v. GB, Irland und Dänemark; Aufbau einer EWG- Handelspolitik mit den Abkommen von Lome: 1975, 1979, 1984, 1989);

1979 Erste Direktwahl des europ. Parlaments

1986 Einheitsl. Europ. Akte: Vereinheitlichung der bestehenden Verträge und – nach einer Übergangszeit – Schaffung eines Binnenmarktes: in ihnen findet sich erstmals der Begriff Europ. Union;

1992 Vertrag über die Europ. Union (Vertrag v. Maastricht):

„Politische Union“ durch diesen Vertrag wird die EU auf den Weg zu einem „Bundesstaat“ gebracht.

Beschluss eine gemeinsame Währung einzuführen; ebenso wie eine gemeinsame Sicherheits- und Außenpolitik, einschl. längerfristig einer gem. Verteidigungspolitik; Stärkung der demokratischen Institutionen (Europ. Parlament), einer gemeinsamen Staatsbürgerschaft, einer gemeinsamen Sozialordnung:

Erwartung, dass über die Währungsunion ein starker Integrationsschub möglich wird (im Vergleich dazu ist alles andere unwesentlich, McKay 100) – andere Ebenen (Steuern etc.) werden nachziehen, starke Umverteilung innerhalb der EU.

1996/1999 Vertrag von Amsterdam: Vertiefung der Integration durch Dreisäulenmodell:

2000 Nizza: Grundrechtskonvent: Grundrechte als Grundlage einer europ. Vf.

2001 Einführung des Euro

2003: Europ. Vf. Konvent arbeitet Entwurf für einen Verfassungsvertrag aus.

2004 Erweiterung um 10 Mitgliedsländer (Slowakei, Tschechien, Polen, Malta, Zypern, Lettland, Litauen, Estland, Ungarn, Slowenien)

2005 Scheitern des Verfassungsreferendums

2007 nächste Erweiterung um Rumänien und Bulgarien (oder 2008).

Fazit schnelle Entwicklung seit den 90er Jahren – Friedensperspektive und wirtschaftliche Entwicklung in Mittel- und Osteuropa – einmaliges Erfolgsprojekt, Stabilisierung am Balkan, zugleich hält die politische Entwicklung nicht Schritt.

2008 Vertrag von Lissabon:

a. Europa unvollendet: Staatenbund oder Bundesstaat

Wohin soll sich die EU entwickeln. 3 zentrale Fragen:

1) jene nach der **Finalität**

2) **Identität**

3) **Identifikation**

2.2. Europa unvollendet Staatenbund oder Bundesstaat?

- **Organe der europäischen Union (siehe Materialblatt)**

Seit der Entstehung: mehr als ein Staatenbund, da es mit eigenen polit. Organen ausgestattet ist (Gemeinschaftsorgane),

schon EWG als Freihandelszone und Zollunion mit polit. Organen, die für eine Wirtschaftsgemeinschaft gar nicht notw. gewesen wären (so Melchior 17).

Seit Maastricht 1992 ist nach der Mehrheit der Autoren Europa auf dem Weg zu einem Bundesstaat, bzw. hat wesentliche Elemente: Gemeinschaftsrecht, Gewaltmonopol und Kompetenzkompetenz

- gemeinsamer Währung: OK,
- Staatsbürgerschaft: OK
- Verfassung: Vertrag von Lissabon – Grundrechte der EU
- Ausweitung der Macht des Europaparlaments (EP) auf intergouvernementale Politikbereiche (Justiz u. innere Sicherheit, Außen und Sicherheitspolitik), Erhöhung der Verantwortlichkeit der übrigen EU-Organen gegenüber dem EP; Anwendung des Subsidiaritätsprinzips hinsichtlich der Trennung v. nationalen und supranationalen Kompetenzen (J. Lodge: Antalovsky).

Qualifiziertes Mehrheitswahlrecht für bestimmte Themenbereiche, die nicht die nationale Souveränität berühren: jedes Land hat mehrere Stimmen - Sperrminorität (gegenwärtig zwei große Länder und ein kleines Land).

Je größer die EU, umso mehr wird das Einstimmigkeitsprinzip in wichtigen Belangen zum Hemmschuh; aber: Kleine Staaten bekommen mehr Stimmen als es ihrer Bevölkerung entspricht, große Staaten gegen Mehrheitswahlrecht.

Europäisches Recht: Große Bedeutung des Rechts für die Integration – analog den Nationalstaaten, auf der Basis des Case-Law-Systems.

Besondere Art des Völkerrechts, da es Verfassungscharakter hat, obwohl sie nicht demokratisch legitimiert ist.

Gemeinschaftsgesetz geht vor nationalem Gesetz (EUGH): Das sonst seinen Charakter als Gemeinschaftsrecht verlieren würde, das vorbehaltlos und unwiderruflich ist (Puntscher 146).

Diese europ. Rechtsakte heißen allerdings nicht Gesetze, sondern Verordnungen, Richtlinien, Entscheidungen, Empfehlungen, Stellungnahmen.

- **Demokratie- und Öffentlichkeitsdefizit der EU?**

Grundproblem: EU völlig neues politisches Gebilde, Gestalt nie geklärt.

Entwickelt sich über die Bürokratie (s. Schuman Erklärung), wäre anders nicht möglich gewesen. Bisher der Weg, die nationalstaatl. Interessen Schritt für Schritt zu überwinden, führt heute zu massiven Problemen.

EU als Projekt der Eliten und der Bürokratien – schweres Legitimationsdefizit – gegenwärtige Legitimitätskrise der EU kann den europ. Einigungsprozess gefährden;

Puntscher-Rieckmann eine kommissarische politische Ordnung: analog der nationalstaatlichen Integration im 16.-19. Jhdt. entsteht die politische Union durch eine europ. Rechtsordnung und eine Verwaltungsbürokratie, die ihre Kompetenzen sukzessive ausweitet - vordemokratisch.

Die europ. Integration führte zu einem demokratischen Defizit, d.h. die zunehmende Macht gemeinschaftlicher Institutionen wird nicht von den Parlamenten der Mitgliedsstaaten überwacht – Aushöhlung der Demokratie „die in Brüssel“ – Eurobarometer: 31% der Österreicher für die EU.

Integrationsprozesse gehen weitgehend unbemerkt von der demokratischen Öffentlichkeit vor sich (meine Erfahrung mit der europ. Grundrechtscharta).

Drei Elemente des Demokratiedefizits der EU (nach Melchior 23ff):

- 1) Die polit. Willensbildung auf EU-Ebene entspricht nicht demokrat. Standards.

Geringe Macht des Europaparlaments als legislativem Organ: nicht ausreichend in den Rechtsetzungsprozess eingebunden ist; die Rechtssetzung erfolgt formal dr. Reg. Vertreter im Min. Rat – demokratiethoretisch nicht zu rechtfertigen.“ (Melchior 24)

Gesetzgebungsinitiative bei der Kommission.

Rat wichtigster Gesetzgeber; nicht Exekutive

Es fehlt eine Regierung als Exekutive, die man wählen und abwählen kann, die ein Gesicht hat und verantwortlich ist gegenüber dem Demos (Volk). Weiterentwicklungen notwendig: z.B. EP als Volkskammer und Ministerrat als Staatenkammer.

2) Schwach ausgebildete und fragmentierte intermediäre Institutionen:

Demokratie braucht Parteien, Interessengruppen, eine Zivilgesellschaft – kurz intermediäre Institutionen für die politische Willensbildung. Fehlt in Europa - an die Stelle von Parteipolitik tritt Lobbying: „widerspricht dem demokrat. Prinzip der gleichmäßigen Repräsentation“ und dem der Transparenz, demokratiepolit. Bewertung.

Integration: Vielzahl von Spielern mit unterschiedl. Interessen – nationale Regierungen und Bürokraten, die sich den nationalen Regelungen entziehen wollen, aber vor allem ökon. Akteure, die ihre Interessen durchsetzen wollen (Vorteil für MNC's gegenüber Klein- und Mittelbetrieben, die auf Verbände angewiesen sind)

Von Unternehmern gegenüber Arbeitnehmern, elitäres Projekt, das die Großen zu Lasten der Kleinen, weniger gebildeten etc. bevorzugt.

3) Fehlen einer europ. Öffentlichkeit

Kompetenzverschiebungen auf die europ. Ebene werden nicht durch Diskussionen begleitet, mangelnde Transparenz, mangelndes Interesse, kein europäischer Kommunikationsraum, in dem über gemeinsame Interessen beraten, in dem politische Initiativen lanciert werden, in dem Grundsatzdiskussionen geführt werden – unterschiedl. Sprachen, Medien, Stile etc. Mangelndes Interesse von Seiten der Öffentlichkeit – mangelnde Transparenz von Seiten der EU. Wesentliche Fragen werden außerhalb der Öffentlichkeit entschieden (teils auch weil diese sich nicht dafür interessiert).

Europa muss zu einem Projekt der Betroffenen werden: „an die Stelle des vorausgesetzten Konsenses muß ein öff. erstrittener treten“ (J. Melchior 1997, 13);

Fazit: die europäische Einigung konnte so weit voranschreiten, weil sie bürokratisch durchgesetzt wurde (Eigendynamik und Eigeninteresse), weil sie inzwischen ganz bestimmten Interessen vor allem Wirtschaftsinteressen dient.

Um diese Ungleichgewichte zu entschärfen braucht es stärkere demokratische Strukturen und eine föderative Organisation (Prinzip der Subsidiarität in Maastricht)

2.3. Ethische Fragen: die EU auf dem Prüfstand der Zeit

- **Weiterführung: Staatenbund oder Bundesstaat?**

Geringe Identifikation mit dem Projekt Europa steht in keinem Verhältnis zu seiner Bedeutung; Euroskepsis besonders hoch in Österreich:

Keine klare geopolitischen Grenzen: Ukraine, Russland, Türkei Debatte: historische und praktische Gründe vermischt; Aufnahme auch eine pragmatische Frage.

Europa als eine der größten geistigen und ethischen Herausforderungen der Gegenwart – nicht nur politische und wirtschaftlich - Frage nach den Zielen Europas, der gemeinsamen Wertbasis

Was macht eine nationale oder supranationale Identität aus? Umfrage im Seminar: Identität ist etwas, womit ich mich identifiziere, aber auch, was mir zugeschrieben wird; Sind wir Europäer? Was ist das überhaupt? Wer gehört dazu?

Geistiger, kultureller Zusammenhalt unterbelichtet: Erfolgsgeschichte nicht bekannt, sondern nur alltägliche Querelen – wie Demokratie: man schätzt sie nur wenn man sie nicht hat.

Europa nur gesichert, wenn eine tiefere Identifikation der Europäer mit Europa sich bildet. Kard. König: das eigentliche Problem Europas ist der Europäer, der Mensch (1972).

Politisches Versäumnis – Brüssel als Schuldiger, zu große Distanz, Demokratiedefizit: Wirtschaftlicher Wohlstand als einzige *raison d'être* dargestellt – gefährlich schwache Basis.

Rückkehr zur Gründungsintention: Versöhnung, Rechtsstaatlichkeit, Demokratie und Solidarität als Werte, die auch Opfer verlangen.

Konstituierung Europas als Kommunikations- und Erinnerungsgemeinschaft – gemeinsame Aufarbeitung der Geschichte (gemeinsame Geschichtsbücher etc.), Reinigung des Gedächtnisses: Gemeinsame Geschichte, aber auch Brüche in dieser Geschichte: man gehört zu Europa, aber die Versöhnung muss sich erst bewähren – bisher hat die Perspektive viele Konflikte entschärft: Sehnsucht nach Europa: UdSSR 1980, aber bis zum Beitritt: Enttäuschung, wenn die Bindung vollzogen ist. stärkere Basis als Ablehnung der totalitären Regime, der Schrecken des Krieges – verblasst.

Schaffung einer europ. Identität durch polit. Bildung; europ. Staatsbürgerschaft, durch kulturelle Integration.

Loyalität gegenüber Europa schließt Loyalität gegenüber dem Nationalstaat nicht aus (und der eigenen Region: Burgenland).

Stärkung des sozialen Zusammenhalts: Nationale und innereuropäische Solidarität:

- Zusammengehörigkeit entsteht durch materielle und immaterielle Solidarität, Schaffung eines Wir-Gefühls
- Materiell: Bereitschaft, die Wohlstandsunterschiede auszugleichen; das Gemeinsame über das Trennende zu stellen, nicht nur den eigenen Vorteil zu suchen.
- Immateriell: Überwindung der „Mauer in den Köpfen“: Anerkennung des Anderen als gleichberechtigt, Kulturelles Gefälle in den Köpfen.

- **Nation, Nationalismus und Integration**

zwei Arten (Hobsbawm):

- Nationalismus des 19. Jahrhunderts – große Nationen;

Schaffung von Nationen über Nationalgeschichte – Verherrlichung der Nation – Definition über die Nation – Imperialismus der großen Nationen – kleinere fühlen sich permanent benachteiligt – Wettlauf für Ressourcen – die schreckliche Entwicklung, die zum 1. WK und der Zerstörung der europ. Kultur führte.

Imperialismus und Nationalismus eng verbunden.

Prag.

2. Wiederauflage im Ethnonationalismus vor allem nach 1989 (Hobsbawm Paradoxie – Weltentwicklung fordert größere Einheiten – aber es entstehen kleine, die wiederum in größere integriert werden müssen.

Mazedonien...

Ethnizistische und tribalistische Tendenzen weltweit – Zerfall von Staaten – Bürgerkriege; gr. Paradoxon, da man den Nationalismus für überwunden hielt, und die gegenwärtige Situation nach mehr Integration verlangt; sich zugleich ein neuer Typus von Nationalismus ausbreitet:

Ziel nicht Entstehung von Großstaaten, sondern Zerteilung von ethnisch inhomogenen Nationalstaaten - Entdeckung von Stammesgeschichten – ethnische Identität schafft erfahrbare Zugehörigkeiten, aber führt auch zu Polarisierungen: Gründe für die Renaissance:
– Rückbesinnung auf die nationale Geschichte

a) Suche und Neudefinition der eigenen Identität gegen einen a-nationalen Liberalismus (und vorher Kommunismus).

unterprivilegierte Schichten attraktiv, da Superiorität aufgrund von Abstammung und Nationalität unabh. v. eigener Leistung, letzte Bastion von natürlichen, abgestammten Rechten.

b) aufgrund enttäuschter wirtschaftlicher Erwartungen; „Modernisierungsverlierer“;

Identitätsfindung durch Nationalismus oder Religion - junge Generation: ehemals kommunistische Staaten aber auch westliche Demokratien.

Zusammenwirken von materiellen und immateriellen Faktoren

c) Völkerrechtlich: Selbstbestimmungsrecht der Völker, gegen Kolonialismus und Imperialismus formuliert. hist. Wurzeln in der Amerikan. Unabh. Erklärung, die die Rechtmäßigkeit einer Regierung v. Willen der Regierten abh. Macht.

Seit 1945 im Zielkatalog der UNO – konkretisiert im Zusammenhang mit der Entkolonialisierung: Deklaration über die Gewährung der Unabhängigkeit an koloniale Länder und Völker v. 1960 und findet sich in den beiden MR-Pakten der UNO;

Weiterentwicklung in den Schlußakten der KSZE v. Kopenhagen und der Charta von Paris für ein neues Europa (1990): Gewährung und Einhaltung von Minderheitenrechten nicht mehr innere Angelegenheit der Staaten sein (Diskriminierungsverbote, Förderpflichten)

Es steht einem Volk frei, seinen polit. Status frei zu bestimmen: (Sezessionsrecht)

a) durch Bildung eines eigenen Staates;

b) durch Verbindung mit einem bestehenden, unabh. Staat, c) durch die Wahl eines sonstigen polit. Status.

Aber: es darf nicht gegen die territoriale Integrität und polit. Einheit bestehender Staaten gerichtet sein – Spannung zw. Zwei unbestrittenen Rechtssätzen – Maßstab: a) Minderheitenrechte;

b) Ist die Bewahrung der Kultur und Sprache unter den konkreten polit. Verhältnissen möglich?

8000 Ethnien - 200 Staaten; jeder Ethnie ein Staat? – Ende der internationalen Ordnung – aber auch funktionierender Institutionen auf nationaler Ebene.

Kämpfe zwischen versch. Ethnien um die politische Herrschaft – gegenwärtig größtes Friedensproblem – 9/10 der Kriege - Bürgerkriege.

Wann ist eine Sezession berechtigt? Im Falle von langandauernden und massiven Verletzungen der MR Verletzungen? Was ist, wenn zwei Nationalitäten sich trennen wollen (ehemalige Tschechoslowakei; ehemaliges Jugoslawien)? Kann und soll jede nationale Gruppe ihren eigenen Staat bildet?

Ausbau des Minderheitenschutzes und von Autonomiebestimmungen als Alternative zur Verwirklichung des Nationalstaatprinzips bei gleichzeitiger Integration in einen Raum politischer Kooperation (Schwierigkeiten: z.B. Kosovaren, Serben) – drängendstes Problem, um Frieden in Europa zu schaffen

Positive Bewertung kultureller Traditionen; Aufarbeitung der nationalistischen Vergangenheit - Versöhnung; Erziehung zum Respekt voreinander – natürlicher Schrumpfprozeß von Minderheiten aufgrund von Mobilität, sozialem Aufstieg etc.

- **Christliche Präsenz in der EU**

Die meisten Gründungsväter christliche Politiker: R. Schuman, A. Adenauer, H. Spaak; A. de Gasperi:

Christliche Wurzeln Europas – Christentum als einigende Kraft? Ambivalenz der Geschichte: neben einer christlich geprägten Kultur, auch Religionskriege, Verfolgung Andersdenkender – Frage, aus welcher Perspektive man die Geschichte sieht:

Debatte um die europäische Präambel:

Sollen die religiösen Wurzeln in der Verfassung erwähnt werden?

Warum so umstritten? $\frac{3}{4}$ der Europäer gehören einer christlichen Konfession an, wahren ein knappes Fünftel sich zu keiner Religion bekennt, 4-5% Muslime; ungefähr Hälfte der EU-Bürger katholisch. Europäer haben ein höheres Vertrauen in die Kirche als in die EU.

Verschiedene historisch gewachsene Staatskirchenrechtliche Systeme: Britische Königin als Haupt der Kirche (Papst); in Dänemark lutherisches Christentum Staatsreligion usw.; in der EU neue religiöse Pluralität und neue Mehrheitsverhältnisse; cuius regio eius et religio aufgehoben. Historisches Erbe, aber sehr unterschiedliche Zugänge in den Kirchen zur EU und zur säkularen Politik.

EU: katholische Kirche seit Pius XII. setzt auf ein katholisches Europa, protestantische und orthodoxe Kirchen stärker nationalstaatlich organisiert: Skepsis gegenüber der katholischen Übermacht.

Von daher Bedeutung: gemeinsame Vertretung gegenüber den europäischen Institutionen, ökumenische Sozialethik (WS) → COMECE, CEE, KEK.

1) von Seiten der EU erstmals im Vertrag von Amsterdam (Art. 11) erwähnt, wonach ihr Status nach nationalem Recht geachtet werden soll;

J. Delors: Europa eine Seele geben

Art 52, 1 des Verfassungstextes.

- Beitrag zum Aufbau einer europäischen Identität auf drei Ebenen:

- 1) auf der **Wertebene**, Diskussion der Wertebasis: Sockel an privaten Werten aber auch an öffentlichen Werten: Einheit von Individual- und Sozialethik: Europa eine Seele geben: Wertdebatte ohne Monopolanspruch – Einheit in Verschiedenheit; Toleranz, Aktive Rolle einer qualifizierten Minderheit.
- 2) der **zivilgesellschaftlichen** Ebene – gerade auch angesichts des Mangels an zivilgesellschaftlichem Engagement. J. Weiler – ein christliches Europa fordert ein stärkeres Engagement der Christen in Europa – setzt Abstimmungen unter ihnen voraus und eine Selbstverpflichtung der Kirchen auf die europäischen Grundwerte.
- 3) Auf der **politischen Ebene**: Begleitung des europäischen Integrationsprozesses und aktives Engagement für mehr Frieden und Gerechtigkeit in folgenden Bereichen:

- 1) Partizipation/Subsidiarität: Finalität und Strukturen der Union: Einsatz für Demokratie und Transparenz, gegen nationalistische Engführungen
- 2) Menschenwürde/Solidarität: Sozialstaatlichkeit auf Eu-Ebene, gegen eine Ausschaltung des Staates aus dem sozialen Bereich, innereuropäische Solidarität
- 3) Menschenwürdige Standards für Asyl und Integration;
- 4) Engagement für globalen sozialen Ausgleich;
- 5) Versöhnungsdimension – wichtige Rolle der Kirchen ----> gerade auch in den neuen Beitrittsländern; Brückenschlag zwischen katholischen und orthodoxen Traditionen, zwischen Minderheiten, die oft auch verschiedenen Konfessionen angehören

Ziel: Bewusstsein der Einheit reifen zu lassen, das die verschiedenen Teile Europas verbindet – aufgrund der gemeinsamen christlichen Inspiration, die die unterschiedlichen kulturellen Traditionen zusammenführt,

verlangt auf allen Ebenen einen fortgesetzten Weg des Kennenlernens;

Herausforderungen und Zeichen der Hoffnung für die Kirche in Europa:

Warnt vor Verlust des christl. Gedächtnisses und Erbes durch praktischen Agnostizismus und Gleichgültigkeit

Sowie vor einer Zukunftsangst und Zersplitterung des Daseins.

Ökumenische Dialog muss mit Entschlossenheit weitergeführt werden, er stellt eine der Haupt Sorgen der Kirche dar, vor allem in diesem Europa, das im vergangenen Jahrtausend zu viele Spaltungen unter den Christen hat entstehen sehen...Wir können auf diesem Weg nicht

stehen bleiben und können auch nicht mehr zurück! Wir müssen ihn fortsetzen und vertrauensvoll durchhalten...denn es ist unmöglich, dass die gegenseitige Wertschätzung, die Suche nach Wahrheit, die Zusammenarbeit in der Liebe und vor allem der Ökumenismus der Heiligkeit mit Gottes Hilfe nicht auch ihre Früchte bringt.“ - in diesem Sinne Zeugnis;
Erklärung der Bischöfe der COMECE: Solidarität ist die Seele der Europ. Union 2004: